

## Die Neutralität Schwedens.

### Erklärungen des schwedischen Ministerpräsidenten im Reichstag.

Stockholm, 24. Januar.

Im schwedischen Reichstag begann die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der Ersten Kammer wohnte der Kronprinz der Sitzung bei.

Ministerpräsident Hammarskjöld hielt in der Zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der Ersten Kammer wiederholte und worin er betonte, daß keine Ursache bestehe, im In- oder Ausland daran zu zweifeln, daß die Politik der schwedischen Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in den Worten und Handlungen der Regierung gegeben. Die darüber aufgetretenen Zweifel seien krankhaftem Mißtrauen oder Mangel an Verständnis, was ehrliche und unparteiische Neutralität bedauere, zuzuschreiben.

Bei einer Gelegenheit im vorigen Sommer, führte der Ministerpräsident weiter aus, suchten wir unseren Standpunkt zu erklären. Wir wiesen die Vorstellung zurück, daß unsere Politik bedeuten sollte, daß das Aufgeben unserer Neutralität unter keinen Umständen in Frage kommen dürfte. An diese Zurückweisung, die sich auf jeden Versuch bezog, in unsere Politik etwas anderes hineinzulegen als das, was wir meinen, wurden folgende Worte gefügt: In Uebereinstimmung mit den abgegebenen Neutralitätserklärungen und mit den unzweideutigen Aussprüchen des Königs bei verschiedenen Gelegenheiten ist es unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren, und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei welchen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Wahrung des Friedens nicht mehr möglich wäre.

Durch diese Worte und den übrigen Inhalt derselben Rede, die im großen und ganzen vom König und von allen Mitgliedern der Regierung vollständig gebilligt worden war, wurde unsere Politik so genau und deutlich gekennzeichnet, wie es ohne ein unangebrachtes und sogar undenkbares Eingehen auf wirkliche oder angenommene Fälle überhaupt möglich war. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen. Nach solchen Grundsätzen verfahren wir bisher. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, beruht sie entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkte oder einer ungenügenden Kenntnis der Verhältnisse.

An den Grundsätzen der bisher von uns befolgten Politik halten wir fest; sie gilt auch für das Verhältnis Schwedens zu den übrigen Neutralen. Unter diesen suchten und erzielten wir, besonders von Dänemark und Norwegen, die Mitwirkung für gemeinsame Ziele. Daß die gemeinsamen Bestrebungen für das Recht und das Wohl der neutralen Mächte wie für die Aufrechterhaltung des in der Thronrede erwähnten Völkerrechtes nicht einen größeren Umfang angenommen haben, sind wir die Ersten, zu bedauern. Dies liegt an Verhältnissen, woran wir kein Teil haben und worüber wir kein Recht haben, ein Urteil auszusprechen. Das aber wollen wir feststellen, daß nach unserer Ueberzeugung der Erfolg solcher Bestrebungen nicht nur ein materieller und ideeller Gewinn für Schweden und die anderen neutralen Länder, sondern auch für die kriegführenden, ja sogar für ganz Europa sein würde.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegführende Macht es vielleicht bereuen, daß sie wegen zufälliger, oft zweifelhafter Vorteile die Verträge und Gebote des Völkerrechtes zerriß, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Es ist kaum möglich, zu bestreiten, daß gewisse Schwierigkeiten besonders im Erwerbsleben vorläufig hätten gemildert werden können, wenn wir weniger genau in der Aufrechterhaltung der wirklichen unparteiischen Neutralität auch in handelspolitischen Fragen gewesen wären. Diese Erleichterungen wären uns doch nur vorläufig von Nutzen gewesen. Unsere eigene Erfahrung zeigt, daß infolge der fortwährenden schnellen Verschärfung des Handelskrieges oft nur eine kurze Dauer unsicherer Genusses von Vorteilen durch allgemeine Verabredungen erwartet werden kann. Aus anderen neutralen Ländern erfährt man auch, daß bald neue Forderungen durch die gemachten Zugeständnisse veranlaßt werden; Zugeständnisse führen leicht weiter und weiter von der wirklichen Neutralität fort.

Wenn wir uns jetzt den bedenklreichen Beschränkungen von Recht und Freiheit fügten, wäre andererseits zu befürchten, daß die Beschränkungen sogar in noch größerem Umfange nach dem Kriege fortbestehen würden, wie auch daß die folgende Zeit als endgültiges Ergebnis eine ökonomisch wie politisch schmerzliche Abhängigkeit ergeben würde. Obgleich wir, wie gesagt, im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichteten, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbslebens bei uns nicht schlechter als in anderen neutralen Staaten.

### Beide Kammern für die Neutralität.

In der Ersten Kammer erklärte der Führer der Rechten, Trygger, seine Partei wünsche jetzt wie vor einem Jahre die Aufrechterhaltung der Neutralität nach allen Seiten. Er sei überzeugt, daß die Regierung beabsichtige, die Neutralität nach den Grundsätzen des Völkerrechtes aufrechtzuerhalten. Der gegenwärtige Zustand sei kein Rechtszustand, sondern ein Zustand der Gewalt auf der einen Seite und der Unterwerfung auf der anderen. Schweden könne nicht auf seine Rechte verzichten. „Lieber, als daß wir auf unseren Anspruch auf Achtung und Ehre verzichten,“ fuhr Redner fort, „wollen wir uns den größten Entsetzungen und Opfern unterwerfen. Schweden darf aus dieser Weltkrise nicht mit einer Minderung seiner Ehre und Souveränität hervorgehen, sondern geehrt und selbständig.“

Der Führer der Liberalen, Kvarnzelius, erklärte als unerlöschliche Meinung seiner Partei, der überwiegenden Mehrheit des schwedischen Volkes, daß es notwendig und das beste sei, die unparteiische Neutralität beizubehalten. Er sprach seine und seiner Partei Uebereinstimmung in dieser Hinsicht mit der Regierung aus.

Der gewesene Minister Alfred Petersson (liberal) drückte die Ueberzeugung aus, daß es der Wille der Regierung sei, die unerlöschliche Neutralität aufrechtzuerhalten. Die schwedische Neutralität müsse so offenbar sein, daß kein Zweifel an ihrer Ehrlichkeit entstehen könne.

In der Zweiten Kammer sagte der Führer der Liberalen Eden: Eine Neutralitätspolitik ohne Hintergedanken und korrekt nach allen Seiten ist das, was das Land wünscht und die erste entscheidende Bedingung für das Zusammenarbeiten mit der Regierung. Redner hob die Tatsache hervor, daß der Aktivismus eine schlechte Wirkung außerhalb der Grenzen Schwedens hervorgerufen habe. Es sei eine Angelegenheit von der größten Bedeutung für die Regierung, die Rechte und das ganze Land, daß man sich von den aktivistischen Elementen frei mache. Man erklärte, der Aktivismus sei tot; er sei aber in neuer Gestalt aufstanden und auf handelspolitischem Gebiete hervorgetreten.

Der Führer der Sozialdemokraten Branting sprach die Besorgnis aus, daß die Haltung der Regierung nicht mehr so deutlich neutralitätsfreundlich wie bisher sei. Im Falle des Ausführverbotes für Papiermasse verjuchte man eine reine Expressepolitik. Aus den unteren Schichten des ganzen Volkes steige klarer und klarer die Forderung nach gerechter Neutralität empor.